

SKRIPTUM: EU-Mythen und Fakten



Herzlich Willkommen im Bildungsraum der Politischen Akademie der Volkspartei. Unser 2. Infomodul zum Schwerpunkt „Europa“ stellt „EU-Mythen tatsächlichen Fakten“ gegenüber.

Mythos 1: Tintenburg mit enormen Verwaltungskosten

Ein einfacher Vergleich belegt das Gegenteil.

In den EU-Institutionen arbeiten rund 50.000 Menschen, die für 512 Millionen Bürger zuständig sind. Die Stadt Wien beschäftigt über 60.000 Mitarbeiter, bei einer Einwohnerzahl von 1,9 Millionen.

Nur sechs Prozent des EU-Budgets fließen in Personal, Verwaltung und Instandhaltung der Gebäude.

Mythos 2: Die EU ist intransparent und undemokratisch

Wahr ist, dass in öffentlichen Registern alle Dokumente der Kommission und des Europäischen Parlaments einsehbar sind. Selbst die Tagesordnungen und Abstimmungsergebnisse des EU-Rates werden veröffentlicht.

Abseits der Europawahl bestehen weitere Mitbestimmungsrechte. Seit 2012 haben fünf Millionen Bürger im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative über 20 Initiativen unterzeichnet.

Und 4,6 Millionen EU-Bürger nahmen an der Online-Umfrage der Kommission zur Abschaffung der Sommerzeit teil.

Mythos 3: Die EU – das Regulierungsmonster

Wahr ist, dass die EU-Kommission hauptsächlich auf Wünsche und Forderungen der Mitgliedsländer oder einzelner Interessengruppen handelt. Die vielzitierte Gurkenkrümmung zeigt, dass Brüssel zum Sündenbock für Regelungen gemacht wird, die auf Interessen anderer zurückgehen.

So kam auch das Glühbirnenverbot 2009 auf Wunsch europäischer Umweltpolitiker zustande.



Die Wahrheit über die EU-Verordnung Gurkenkrümmung

Österreich hat bereits 1968 - lange vor dem EU-Beitritt - die Krümmung der Gurken im Qualitätsklassengesetz geregelt. Hintergrund war die Vereinfachung von Vermarktung und Transportfähigkeit, da „gerade“ Gurken besser in Kartons passen.

Aufgrund vieler Negativ-Schlagzeilen hat Brüssel schon vor 10 Jahren die Normierung der Gurken, ebenso wie jene von 25 weiteren Obst- und Gemüsesorten, abgeschafft.

Mythos 4: Brüssel verbietet uns Marillenmarmelade zu sagen

Tatsache ist, in der Causa Marmelade versus Konfitüre ging es ausschließlich um Etikettierungsvorschriften für den Handel. Selbst Österreich hatte zugestimmt, „Marmelade“ nur für Produkte mit Zitrusfrucht-Einlage zu verwenden.

Nach großer Aufregung wurde für Österreich eine Ausnahmeregelung erlassen. Für den Inlandsverkauf steht weiterhin „Marillen-“ oder „Ribisel-Marmelade“ am Etikett.

Mythos 5: Die EU will unser Trinkwasser ausverkaufen!

Immer wieder wird die Angst geschürt, dass die EU unser Wasser verkaufen kann. Mit dem Argument, alle Mitgliedstaaten hätten ein Recht auf unser kostbares Nass.

In Wirklichkeit kann die EU nicht auf unser Wasser zugreifen, weil das eine nationalstaatliche Angelegenheit ist.

Mythos 6: Österreichs Nettobeitrag ist zu hoch - Brüssel ein teurer Moloch

2017 betrug Österreichs Nettobeitrag 933 Millionen Euro. Die jährlichen Zinsen für die Tilgung unsere Staatsschulden liegen bei rund 8 Milliarden.

Im Jahr 2018 betrug der österreichische Bundesvoranschlag 78,5 Milliarden Euro, der gesamte EU-Haushalt war mit 144,7 Milliarden lediglich doppelt so hoch.

Mythos 7: Österreich lässt Gelder in Brüssel liegen

Immer wieder kommt der Vorwurf, wir profitieren zu wenig von den EU-Fördertöpfen. Wahr ist, von einem eingezahlten Euro nach Brüssel holen wir uns durchschnittlich mehr als 2 Euro zurück.

So gilt beispielweise Niederösterreich aktuell als EU-Nettoempfänger, denn insgesamt 495 Millionen an EU-Förderungen wurden für Projekte in das Bundesland zurückgeholt.



Mythos 8: Die Mehrheit der Österreicher ist gegen die EU

Laut aktueller Eurobarometer-Umfrage sind nur 20 Prozent "ÖXIT"-Befürworter, eine klare Mehrheit von 54 Prozent gegen den EU-Austritt.

60 Prozent sehen Vorteile in der EU-Mitgliedschaft und 56 Prozent sind überzeugt, dass ihre Stimme in der EU zählt.

Weitere Informationen, Fakten und Zahlen finden Sie

- auf den offiziellen Seiten der Europäischen Union
- und der Wirtschaftskammer Österreich.

